

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 7

Charlottenburg, Freitag, den 16. Februar 1917

Jahrg. 44

Zur Beachtung für die Organempfänger.

Es gehen uns fortgesetzt Klagen zu über verspätetes und unregelmäßiges Eintreffen der „Ameise“. Wir bemerken hierauf, daß nach wie vor regelmäßig jede Woche am Mittwoch die „Ameise“ bei der Post aufgeliefert wird. Wenn die Bestellungen an die Empfänger unregelmäßig und mit erheblichen Verspätungen erfolgen, dann dürfte das auf die bei der Post und Eisenbahn bestehenden Schwierigkeiten zurückzuführen sein. Die Empfänger der „Ameise“ wollen bei längerem Ausbleiben des Blattes immer erst bei ihrem Bestellpostamt nachfragen, ehe sie sich an uns wenden.

Die Expedition der „Ameise“.

Die deutsche Gewerbeinspektion in der Kriegszeit.

Von der Gewerbeinspektion ist es seit Ausbruch des Krieges sehr stille geworden, nachdem bis zu diesem Zeitpunkt die Jahresberichte für 1913 veröffentlicht worden waren. Der Krieg hat auch für die Gewerbeinspektoren allseitige einschneidende Veränderungen gebracht. Er hat ihre Zahl erheblich vermindert, die Arbeiterschutzesetze mit weitgehenden Ausnahmen durchbrochen, bestehende Betriebe eingeschränkt oder zum völligen Stillstand gebracht, dafür viele neue Betriebe entstehen lassen und ferner die Fabrikation in überwiegendem Maße einseitig auf die Bedürfnisse der Kriegführung gerichtet; endlich die Zusammensetzung der Arbeiterschaft nach Alter und Geschlecht wesentlich verschoben.

Ueber alle diese neuen Verhältnisse haben die Gewerbeinspektoren nicht in der früher üblichen Weise berichtet, denn seit 1914 sind keine Jahresberichte mehr veröffentlicht worden. Da begrüßten alle, die für die Gewerbeinspektion stärkeres Interesse haben, die vom Gleiwitzer Gewerbeinspektor Dr. Syrup in der „Sozialen Praxis“ veröffentlichte Artikelserie, die zeigte, daß die Gewerbeinspektion noch lebt und wirkt.

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Gewerbeinspektion kommt Dr. Syrup zu der Feststellung, daß zur unnachsichtigen Bekämpfung jedes Raubbaues an der Volkskraft die Gewerbeinspektion nötig war und ist.

Für die Kriegszeit stellt Dr. Syrup fest, daß unter der Verminderung der Werkmeister und Betriebsingenieure die Betriebsicherheit gelitten hat, daß aber den bei den Revisionen von den Aufsichtsbeamten gegebenen Anregungen um so mehr Folge gegeben wurde, als sich die Betriebsgefahr an sich durch die Einstellung unerfahrener Arbeiter erhöhte. In der Landwirtschaft hat der Mangel an Arbeitskräften zu erheblich vermehrter Benützung von Kraft- und Arbeitsmaschinen geführt und diese Entwicklung wird nach dem Kriege fort-dauern. Vielfach schwere Unfälle in der Landwirtschaft lassen die planmäßige Mitwirkung der Aufsichtsbeamten bei der landwirtschaftlichen Unfallverhütung als notwendig erscheinen. Die Kriegsverhältnisse haben im Genehmigungsverfahren bei Errichtung der sogenannten genehmigungspflichtigen Anlagen insofern eine Vereinfachung gebracht, als die Entwürfe nur noch von den Aufsichtsbeamten und nicht auch noch von den Verwaltungsbehörden geprüft werden.

Bezüglich der vermehrten Frauenarbeit erwähnt Dr. Syrup mit Befriedigung, daß der Reichskanzler trotz Drängens einzelner Industrieverbände von der Erteilung allgemeiner

Ausnahmen von den bezüglichen gesetzlichen Schutzbestimmungen abgesehen und es den höheren Verwaltungsbehörden überlassen hat, unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse Einzelausnahmen zu gestatten, wobei die Aufsichtsbeamten maßgebend mitwirkten. Die besonders eingehende Ueberwachung der Betriebe, in denen Ausnahmen von den Arbeiterschutzesbestimmungen erteilt waren, wurde sehr nötig. Es wird sodann ausgeführt, daß Befürchtungen wegen Arbeitermangel und „über erhöhte Ansprüche der männlichen Arbeiter schon jetzt in industriellen Kreisen Stimmen laut werden lassen, die auch nach Friedensschluß auf eine erweiterte Zulassung der Frauenarbeit dringen“. Gegen diese Bestrebungen wendet sich Dr. Syrup, der es vielmehr als eine spätere Hauptaufgabe der Aufsichtsbeamten bezeichnet, die zulässigen Grenzen der Frauenarbeit von Betrieb zu Betrieb festzusetzen. „Soweit ganz oder teilweise arbeitsfähige Männer zur Verfügung stehen, wird einer Ausbreitung der Frauenarbeit nicht Vorschub geleistet werden dürfen.“ Den Kriegswitwen soll eine bevorzugte Stellung eingeräumt werden.

Auch die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter soll eine Zurückdrängung erfahren, um die gewerbliche Berufslehre mehr zu fördern. Es sollen hierfür Ausschüsse gebildet werden, die unter Führung der Gewerbeaufsichtsbeamten — Schule, Schularzt, Arbeitsnachweis — und tüchtige Berufsberater aus Handwerk und Industrie (mit Einschluß der Arbeiter) gemeinsame Arbeit leisten sollen. Eventuell sollte eine Höchstzahl für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den einzelnen Betrieben wie auch für das Halten von Lehrlingen aufgestellt werden. Das Kinderschutzgesetz soll unter der Aufsicht der Gewerbeinspektoren restlos durchgeführt werden.

Viel in Anspruch genommen wurden die Aufsichtsbeamten durch die Beratung der Militärbehörden bei der Zurückstellung Wehrpflichtiger, wobei sie in die Verhältnisse des Handelsgewerbes wertvolle Einblicke tun konnten, die sie von der Notwendigkeit vermehrter Sozialpolitik überzeugten. Der Heeresverwaltung wird Anerkennung gezollt für ihr der Arbeiterschaft gegenüber betätigtes sozialpolitisches Verständnis und gewünscht, daß auch die übrigen auftraggebenden Behörden durch Anfrage bei den Aufsichtsbeamten sich darüber unterrichten, „ob ihre Lieferfirmen ihren sozialen Verpflichtungen gerecht werden oder ob die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die niedrigen Angebote nur durch Lohndruck und dergleichen möglich sind“. Aber nicht nur den Lohnverhältnissen der Betriebe, die staatliche oder gemeindliche Aufträge erhalten, wird künftig besondere Aufmerksamkeit zu schenken sein, sondern allgemein der Entlohnung der Arbeiterschaft, insbesondere in der Uebergangszeit vom Kriegs- in den Friedensbetrieb. In dieser Uebergangszeit sollte es eine Hauptaufgabe der Staatsverwaltung sein, Lohnkämpfe nach Möglichkeit zu vermeiden, zu welchem Zwecke eine einwandfreie Feststellung der Arbeitslöhne erfolgen sollte, also die Aufstellung einer amtlichen Lohnstatistik, die die Arbeiterschaft nur begrüßen könnte. Dr. Syrup weist diese Aufgabe den Aufsichtsbeamten zu, die dann auch bei der Regelung der Löhne, bei Lohnstreitigkeiten und bei Tarifverhandlungen erfolgreich mitwirken könnten.

Gegen die Lohndrückerei von Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten mit Renten in der Hausindustrie wird die baldige Einrichtung von Fachausschüssen auf Grund des Hausarbeitsgesetzes als dringend nötig verlangt.

Eingehend werden der Arbeitsnachweis und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter besprochen. Bezüglich der letz-

teren kommt der Verfasser zum Schluß, daß für die Zulassung von Ausländern die unbedingte Voraussetzung sein muß, daß durch sie nicht die Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter verschlechtert werden.

Die Förderung der Wohnungspolitik, insbesondere des Kleinwohnungsbaues, sowie die Kriegsverletztenfürsorge erfahren ebenfalls eingehende Besprechung.

In seiner Artikellserie verfolgt Dr. Syrup die Tendenz, die Aufsichtsbeamten auf allen Gebieten der Sozialpolitik zu höherer Geltung kommen zu lassen. Man kann diesem Bestreben durchaus zustimmen, aber immerhin unter dem Vorbehalt, daß im gleichem Maße auch die Arbeiter auf allen Gebieten höheren Einfluß erhalten. Auch gegenüber den Gewerbeinspektoren sollen die Arbeiter nicht die Rolle von Bevormundeten spielen müssen, sondern nur die von voll- und gleichberechtigten Bürgern. Mit der Schlussforderung des Verfassers nach Ausbau der Gewerbeaufsichtsämter wird auch die Arbeiterschaft sich einverstanden erklären. („Vorw.“)

Die Wirtschaftsfriedlichen und das Hilfsdienstgesetz.

Der Streit um die Anerkennung der Wirtschaftsfriedlichen hat nun schon mehrere Instanzen beschäftigt, die mit der Einführung und Durchführung der einzelnen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu tun haben. Merkwürdig ist dabei, daß die Forderungen der Mitberücksichtigung der „Wirtschaftsfriedlichen“ meistens von Unternehmern ausgehen, und besonders solchen, die in ihren Betrieben Wirtschaftsfriedliche haben und diese durch Unterstützung aller Art propagieren. Auch im Reichstagsauschuß hat die Frage bei den Beratungen am 20. d. M. wieder eine Rolle gespielt. Wie wenig praktische Bedeutung die ganze Frage der Wirtschaftsfriedlichen für die Ausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes hat, sei an folgenden Vorgängen gezeigt:

Als im Februar 1915 die Vorberatung zur Schaffung des Kriegsaussschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlin stattfand, wurde von einigen Unternehmern, die „Wirtschaftsfriedliche“ Vereine unterhalten, die Forderung gestellt, daß auch Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen Organisationen in dem Ausschuß als Arbeitervertreter Sitz und Stimme haben müßten. Dagegen wandten sich alle Arbeiterorganisationen und erklärten, lieber auf die Schaffung eines solchen Kriegsaussschusses zu verzichten, als daß sie sich mit den Wirtschaftsfriedlichen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter zusammenlegen. Dazu waren die Vertreter der Arbeiter bereit, ihre Zustimmung zu geben, daß ein Wirtschaftsfriedlicher in dem Ausschuß als Vertreter der Unternehmer erscheint. Da wäre er auch an der richtigen Stelle. Schließlich gelang eine Verständigung, wonach für die Wirtschaftsfriedlichen ein besonderer Ausschuß errichtet wurde. Wenn sich dann Arbeiter finden, die diesen besonderen Ausschuß anrufen, dann kann dieser zusammentreten. Die Folgezeit bewies nun, was es wirklich mit den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen oder, wie der bekannte Name lautet, mit den Gelben, auf sich hat, d. h. in welchem Maße ein wirkliches Bedürfnis für die Mitwirkung der Wirtschaftsfriedlichen bei der Arbeiterschaft vorhanden war.

Gleich zu Beginn der Tätigkeit der Kriegsaussschüsse trat etwa dreimal dieser besondere Kriegsaussschuß zusammen, um je einen Differenzfall zu erledigen. Seitdem ist keine Sitzung wieder gewesen, weil bei den gelben Ausschüssen keinerlei Beschwerden angemeldet wurden, sondern alle Beschwerden bei dem allgemeinen Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe. Der gelbe Ausschuß ist also eingetrocknet, ein Beweis dafür, daß irgendwelche Notwendigkeit für die besondere Berücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen nicht vorliegt.

Die Firma in Berlin, die seit einer ganzen Reihe von Jahren bemüht ist, besonders die gelbe Bewegung stark zu propagieren, ist gleich von Anfang an mit am stärksten durch Anmeldung von Differenzfällen beim allgemeinen Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins betroffen, so daß sich auch hier gezeigt hat, daß, wenn auch diese Firma und verschiedene andere Firmen sich rühmen, einen erheblichen Prozentsatz ihrer Arbeiterschaft als Mitglieder der gelben Vereine zu haben, ein Vertreter bei den Arbeitern zu diesem Verein als Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen nicht vorhanden ist.

Im Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins sind in etwa zwei Jahren ca. 3000 Differenzfälle erledigt, und im gelben Ausschuß höchstens vier. Das zeigt doch deutlich

genug, wie unnötig eine besondere Berücksichtigung der Wirtschaftsfriedlichen ist.

Irgendwelche Klagen über die Erledigung der Beschwerden vor dem Kriegsaussschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlin sind von wirtschaftsfriedlicher Seite bis jetzt noch nicht erhoben. Die Mitglieder des Ausschusses wissen auch nicht, bei Erledigung der Beschwerden, ob und wo der Beschwerdeführer Mitglied ist. Diese Frage wird nirgends gestellt und darf auch nirgends gestellt werden, weil die Interessen eines jeden Arbeiters vertreten werden müssen, ohne Rücksicht darauf, ob und wo er organisiert ist.

Wozu also der Widerstand gegen die Anschauung der Gewerkschaften in Sachen der wirtschaftsfriedlichen Vereine? Die obigen Tatsachen zeigen, daß dieser Widerstand rechtmäßig ist und nichts weiter darstellt als einen Versuch der Unternehmer und ihrer Beauftragten, ihnen genehme Personen unter den Ausschußmitgliedern zu haben, auch soweit diese Arbeitervertreter sind.

An sich könnte man ja mit dem Vorschlag des Generalleutnants Gröner einverstanden sein, daß, wenn das Mitglied eines wirtschaftsfriedlichen Vereins vor einem Schlichtungsaussschuß erscheint, ein Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Vereine als unständiger Beisitzer erscheint. Das hat aber als Voraussetzung, daß der Beschwerdeführer, der Mitglied eines wirtschaftsfriedlichen Vereins ist, dies bei der Beschwerdestelle sagt und ausdrücklich erklärt, daß er einen wirtschaftsfriedlichen Beisitzer wünscht. Es würde damit der Grundsatz durchbrochen, daß kein Beschwerdeführer nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt werden darf. Wenn man es darauf ankommen lassen will, würden wir die Probe aufs Exempel machen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß sich dann sehr bald herausstellt, wie unnötig der ganze Streit um die Vertretung der Wirtschaftsfriedlichen in den Ausschüssen ist.

Aus unserem Berufe.

Die Beschäftigungsverhältnisse in der Porzellanindustrie haben nach den Berichten des „Reichsarbeitsblatt“ — Januarheft — im 4. Vierteljahr 1916 eine Verschlechterung erfahren. Im Dezember ist die Zahl der Arbeitslosen wieder in die Höhe gegangen, nachdem bis einschließlich November ein wenn auch langsames, so doch stetiges Sinken der Arbeitslosenziffer beobachtet werden konnte. Es waren arbeitslos:

Im Oktober	54 männliche,	311 weibliche,	zusammen	365,
„ November	46	280	„	326,
„ Dezember	98	350	„	448.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage betrug 20 851.

In Verhältniszahlen ausgedrückt betrug die Arbeitslosigkeit im Oktober 2,0 v. H. der männlichen, 15,8 v. H. der weiblichen, im Durchschnitt 7,7 v. H., im November 1,9 v. H. der männlichen, 15,9 v. H. der weiblichen, im Durchschnitt 7,7 v. H., im Dezember 3,8 v. H. der männlichen, 18,9 v. H. der weiblichen, im Durchschnitt 10,2 v. H.

Im Dezember 1915 betrug diese Durchschnittsziffer noch 22,2 v. H.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug im 4. Vierteljahr 1916 46 Tage.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die Steigerung der Arbeitslosenziffer im Dezember v. J. nicht auf eine Verschlechterung der Konjunktur, sondern auf andere Umstände zurückführen, wie vorübergehende Schließung der Betriebe wegen Kohlenmangel, Inventur zc. Daß die Geschäftslage im allgemeinen nicht als ungünstig angesehen werden kann, läßt sich aus anderen Umständen schlussfolgern.

Nach den Berichten der Industrie wird gesagt:

Die Porzellanfabriken waren ebenso ausreichend wie im Vormonat beschäftigt. Der Geschäftsgang zeigt auch dem Dezember 1915 gegenüber keine erhebliche Verschiebung.

Die Steingutfabriken haben teils keine Veränderung gegen den Vormonat erfahren, teils war eine Steigerung des Abzuges zu verzeichnen. Die lebhafteste Nachfrage wird sowohl auf den großen Bedarf des Heeres als auch darauf zurückgeführt, daß an emailliertem Geschirr gespart wird. Die Geschäftslage war, wie hervorgehoben wird, besser als sie in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gewesen ist.

Im Bericht des Kgl. Bayerischen Statistischen Landesamt wird u. a. gesagt:

Die Porzellanindustrie vermag die ihr gebliebenen Arbeitskräfte vollauf zu beschäftigen; die Ausfuhr an Porzellanwaren

hat sich während des Krieges verhältnismäßig günstig gestaltet, wenigstens soweit das neutrale Ausland in Frage kommt.

Daß die Porzellanfabriken, zum mindestens die der Geschirrabzweig, ausreichend mit Aufträgen versehen sind, läßt sich auch aus folgendem begründeter Weise vermuten. Der Verband Deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen hat die sogenannte Kriegsklausel zur Einführung gebracht, d. h. die dem genannten Verbände angeschlossenen Fabriken lehnen es ab, verpflichtet zu sein, eingehende Aufträge zur bestimmten Zeit liefern zu müssen. Weil die Kriegsklausel insbesondere ohne vorherige Fühlungnahme mit der Leitung der Händlerorganisation zur Einführung gebracht wurde, wandten sich letztere an den Verband Deutscher Porzellanfabriken und erhoben entschiedenen Protest gegen die Einführung der Kriegsklausel und nannten das Vorgehen der Unternehmer-Organisation eine Vergewaltigung der Abnehmerseite. In der Antwort, die der Händlerorganisation gegeben wurde, wird u. a. gesagt:

„In unserer Porzellan-Industrie vermag zurzeit kein Fabrikant vorauszu sehen, wie die Absatzverhältnisse sich in der nächsten Zeit gestalten werden und wie weit es ihm möglich sein wird, eingehende Aufträge zur Ausführung zu bringen. Es wird dann weiter darauf hingewiesen auf die bestehenden Transportschwierigkeiten, auf die event. Einschränkungen, die durch das Zivildienstpflichtgesetz möglicherweise eintreten können usw., um zu rechtfertigen, daß die Unternehmer nicht an vertraglich bestimmte Lieferungsstermine gebunden werden können.“

So lange die größeren Sorgen der Unternehmer nicht im bestehen, Aufträge herein zu bekommen, sondern in der Abwehr einer ev. Verpflichtung, eingehende Aufträge zu der verlangten Frist liefern zu müssen, so lange glauben wir berechtigter Weise sagen zu können, daß die Beschäftigungsverhältnisse in der Porzellanindustrie durchaus annehmbar sind.

Es ist allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die unerliche Gestaltung der politischen und militärischen Situation, insbesondere der Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, eine Veränderung zu ungunsten der feinkeramischen Industrie mit sich bringen kann.

Arnstadt. In der Porzellanfabrik von Mardorf & Bandorf verunglückte ein noch schulpflichtiger Knabe, indem er dem rechten Arm in das Getriebe der Chamottemühle riet. Der Arm wurde derart zerquetscht, daß eine sofortige Amputation bis zum Schultergelenk notwendig wurde. Der Knabe war erst seit einigen Tagen im Betriebe beschäftigt und wurde vom Betriebsinhaber zu der schon für ältere und geübtere Arbeiter nicht ungefährlichen Arbeit an der Chamottemühle benutzt. Es zeugt nicht gerade von einem stark ausgeprägten Verantwortlichkeitsgefühl, einen unerfahrenen Schulknaben, der die Gefahren an solchem Arbeitsplatze noch gar nicht zu erkennen und zu übersehen vermag, an solchen gefährlichen Platz zu stellen. Es muß erwartet werden, daß die zuständige Behörde den Fall genau untersucht und den event. Schuldigen zur Verantwortung zieht. Es mag hierbei nicht erwähnt bleiben, daß der Knabe für diese gefährliche Arbeit an der Chamottemühle einen Stundenlohn von ganzen Pfennigen erhielt. Im übrigen ist gerade die Firma Mardorf & Bandorf mit ihren niedrigen Löhnen hinreichend bekannt, weshalb wir uns schon in Nr. 14 der „Ameise“ vom April 1916 mit ihr beschäftigen mußten. Der Arbeiter dieses Betriebes, die trotz aller Mahnungen der zuständigen Berufsorganisation immer noch fern geblieben ist, rufen auch heute wieder zu: Organisiert Euch! Niemand braucht den Verband notwendiger als gerade Ihr, um Einfluß auf die Gestaltung der Betriebsverhältnisse zu gewinnen.

Wittenberg. Nachdem den Drehern und Malern der Porzellanfabrik Wittenberg bereits zweimal eine Lohnerhöhung von 5 Prozent bewilligt worden war, ist ihnen vom 1. Januar d. J. ab eine nochmalige Erhöhung von weiteren 5 Prozent gewährt worden. Die gesamte Steuerzulage beträgt nunmehr 15 Prozent zu dem erzielten Arbeitsverdienst.

Aus anderen Verbänden.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren Jahre 1916. Auch im Kriegsjahre 1916 hat der Zentralverband verhältnismäßig ziemlich gut abgeschnitten, wenn auch die Mitgliederzahl naturgemäß weiter zurückgegangen

ist. Die Jahresdurchschnittszahlen betragen 1916 an männlichen Mitgliedern 6005, an weiblichen 2245, zusammen 8250; 1915 betragen sie 8188 und 2645, zusammen 10833, sodaß im Jahresdurchschnitt ein Mitgliederverlust von 2183 männlichen, 400 weiblichen, zusammen 2583, eingetreten ist. Am Jahresende war gegen seinen Anfang aber der Unterschied bei den männlichen nur 1338, bei den weiblichen 288, zusammen 1626; der Bestand stellte sich am 31. Dezember 1916 auf zusammen 7484 zahlende Mitglieder und zwar 5305 männliche und 2178 weibliche. Außer durch Einziehungen waren durch Austritte keine Verluste von männlichen Mitgliedern zu verzeichnen. Am Jahreschlusse standen insgesamt 31 658 Mitglieder im Kriegsdienste.

Die Agitationstätigkeit brachte im Laufe des Jahres immer noch Erfolge, obgleich von den in Friedenszeiten ca. 103 000 Gehilfen im ganzen Lande heute kaum noch 18 000 gezählt werden; am geringsten war der Erfolg der Werbetätigkeit in der Süßwarenindustrie, weil dort infolge weitgehender Betriebseinschränkungen der Beschäftigungsgrad immer mehr zurückging. Aus diesen Ursachen resultiert auch der bedauerliche Rückgang der weiblichen Mitglieder. Aufnahmen wurden im ganzen 3997 gemacht. Der Kassenbestand war am Ende 1916 um 8669 M. geringer als zu Beginn des Jahres, in der Hauptkasse betrug der Minderbestand aber nur 1081 M.; sicher ein gutes Ergebnis angesichts des Umstandes, daß zu Weihnachten wieder die Summe von 40 456 M. allein für die Frauen der eingezogenen Mitglieder ausgegeben wurde. Beiträge wurden im ganzen 417 538 M. kassiert. An Unterstützungen wurden insgesamt ausgegeben 122 047 M., die Hauptposten sind die schon genannte Weihnachtsunterstützung, die Familiennotunterstützung in Höhe von 28 754 M., Krankenunterstützung mit 29 783 M., Arbeitslosenunterstützung mit 13 936 M., Sterbegeld mit 5597 M.

Streits fanden im Berichtsjahre nicht statt. Eine Anzahl Lohn- und Tariffbewegungen brachten einige Erfolge. In 120 Betrieben waren 350 Kollegen an den Bewegungen beteiligt. Die am Jahreschluß bestehenden 286 Tarife verteilten sich auf 254 Bäcker- und Konditorenbetriebe, 1 Konditoreibetrieb, 18 Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken, 3 Leb- und Honigkuchenbäckereien und 10 Keks-, Waffel- und Zwiebackbetriebe. Ein großer Teil der Verbandstätigkeit war auf die Erlangung von Steuerzulagen gerichtet und weiter war es noch der Kampf um ein dauerndes Nachtbäckerverbot und die Erweiterung der Sonntagsruhe, die die Verbandsleitung und die Bäcker fortgesetzt in Bewegung hielt. Leider haben auch heute noch nicht die alten Gegner des Nachtbäckerverbotes ihren Widerstand völlig fallen gelassen, sondern versuchen fortgesetzt, auf Schleichwegen dagegen anzukämpfen. Die Organisation hofft jedoch auch im neuen Jahre auf die rücksichtslose Unterstützung ihres Kampfes durch alle Glieder der Arbeiterbewegung.

Vermischtes.

Kohlrüben, Wruken, Bodenkohlrabi, Stedrüben anstatt Kartoffeln. Vom Kriegsernährungsamt geht uns folgender Aufruf mit der Bitte um weiteste Verbreitung zu:

Das Wohl des Vaterlandes fordert gebieterisch, mit unseren Kartoffelvorräten bis zur kommenden Frühkartoffelernte zu reichen und deshalb die Kartoffeln solange aufzusparen, als das vortreffliche Ersatzmittel, nämlich die Kohlrübe, für die menschliche Ernährung zu Gebote steht. In frischem Zustand kommt sie für diese Zwecke nur bis Ende März in Betracht, da sie später an Güte des Geschmacks wesentlich verliert.

Die außerordentlich schlechte Kartoffelernte des Jahres 1916 macht es erforderlich, auf Kohlrüben als Ersatz für Kartoffeln in großem Umfange zurückzugreifen, weshalb der Präsident des Kriegsernährungsamtes die Anweisung ergehen läßt, daß im Hinblick auf die Unmöglichkeit, Kartoffeln in genügenden Mengen bis zum Beginn der nächsten Ernte heranzuschaffen, den Städten Kohlrüben, und zwar in der doppelten Menge des ausfallenden Kartoffelquantums, zugewiesen werden. Es darf sich niemand sträuben, die Kohlrüben anstatt der Kartoffeln auf den Tisch zu bringen, und es muß unbedingt der Gefahr vorgebeugt werden, daß jetzt die vorhandenen geringen Kartoffelmengen verzehrt werden, denn nach Verbrauch derselben würde die Bevölkerung lediglich auf den Genuß von Kohlrüben angewiesen sein. Die vorhandenen Kartoffelvorräte müssen daher durch Kohlrüben in möglichst weitem Umfange gestreckt werden. Dies kann dadurch

geschehen, daß an Kartoffeln, soviel wie irgendmöglich, gespart wird und auf den Tisch Kohlrübengerichte kommen.

Aus Kohlrüben kann — vielfach sogar mit weniger Arbeit als bei Kartoffeln — eine große Zahl schmackhafter, bekömmlicher und nahrhafter Gerichte bereitet werden. Für jede Hausfrau muß daher heute und für die nächste Zeit die Losung gelten:

„Kohlrüben statt Kartoffeln“.

Den großen Vorteil der Volksversicherung genießen zwei Frauen, deren Männer in richtiger Vorsorge für ihre Angehörigen bei der Volksfürsorge je eine Kapitalversicherung abgeschlossen hatten. Der Wirt des Gewerkschaftshauses in S. versicherte sich am 15. Juli 1914 nach Tarif III für eine Halbmonatsprämie von 6 M. Plötzlich zeigten sich bei dem 48jährigen, rüstig scheinenden Mann Erscheinungen von Herzschwäche, denen er bald erlag. Seine Frau erhielt darauf 1249,20 M. ausgezahlt; an Prämien sind 348 M. gezahlt worden.

Im zweiten Falle hatte sich ein 27jähriger Schriftsetzer in Straßburg (Elsas) am 1. April 1914 nach Tarif II bei einer Halbmonatsprämie von 3 M. versichert. Schon am 6. Januar 1917 starb der Mann an einer Lungenblutung. Seine Frau erhielt darauf nach 198 M. Prämienleistung 1455,60 M. als Versicherungssumme ausgezahlt.

Mit der vollen Versicherungssumme zu regulieren waren im abgelaufenen Jahre 1916 bei der Volksfürsorge 318 Sterbefälle, wofür im ganzen 77300 M. zur Auszahlung gelangten. Es ergibt sich danach eine durchschnittliche Versicherungssumme von rund 243 M.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Althaldensleben. Sonntag, den 18. Februar nachmittags 4 Uhr bei W. Peters.

Berlin. Sonnabend, 17. Februar abends 8½ Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Cobitz. Sonntag, 18. Februar nachmittag ½3 Uhr, im Hotel „Wettiner Hof.“ Ausgabe der Beitrags-Quittungsbücher. Etwasige Einwendungen sind daselbst sofort anzubringen. Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet bestimmt Die Verwaltung.

München. Die Monatsversammlung findet am 17. Februar nicht statt, sondern muß wegen der Generalkommando-Befehle verschoben werden.

Potschappel. Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Hempels Restaurant: Generalversammlung. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet Die Verwaltung.

Adressen-Änderungen.

Altwasser. Revisor: Paul Stiller, Maler, Waidenburg, Sandstr. 4.
Frankfurt a. D. Kassierer: Emil Ulrich, Rüstnerstraße 22.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Peter Seidel, Maler, geboren am 4. Februar 1870 in Passau, mußte sich, nachdem er längere Zeit im Felde war, einer Magenoperation unterziehen und ist im Lazarett zu Passau verstorben. Mitglied der Zahlstelle Nürnberg.

Karl Simon, Gießer, geboren am 4. März 1871 in Wäpfigersdorf, am 18. August 1916 verwundet in russische Gefangenschaft geraten, am 28. August 1916 gestorben. Mitglied der Zahlstelle Sophienau.

Ehre ihrem Andenken!

Todesanzeigen.

Arzberg. Georg Müller, geboren am 16. September 1868 in Arzberg, gestorben am 16. Januar 1917 an Lungen- tuberkulose. Bes. Krankheitsdauer 34 Wochen. Mitglied seit 1905.

Arzberg. Karl Battermann, Former, geboren am 21. September 1868 in Arzberg, gestorben am 4. Februar 1917 an chronischen Luftröhren- und Lungenkatarrh. Seit 1914 Sozialist. Mitglied seit 1896.

Ehre ihrem Andenken!

Althaldensleben.

Die Mitglieder werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß bei Anträgen auf Krankenunterstützung die Meldung **spätestens am dritten Tage nach der Erkrankung** erfolgen soll. Erfolgt die Meldung später, wird Unterstützung vom Tage der Meldung ab gewährt. Als Tag der Meldung gilt der Tag, an dem der Krankenschein dem Kassierer oder Unterkassierer vorgelegt wird.

Ferner werden die vom Militär entlassenen Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, sich zwecks Wahrung ihrer Rechte im Verbands- und der Kartell-Sterbekasse sofort nach ihrer Rückkehr wieder anzumelden, entweder beim Kassierer Nikolaus Winter, Neuhaldensleben, Alvensleberstraße 19, oder beim Unterkassierer Karl Schwarz, Althaldensleben, Neuhaldensleberstraße 8. Die Mitglieder werden ersucht, die vom Militär zurückkehrenden Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Der Zahlstellenkassierer.

Arbeitsmarkt.

Porzellanmaler

der die in einer Privatmalerei vorkommenden Arbeiten leisten kann findet Stellung für allein, da Bestzer im Felde.

Schmelzkenntnisse nicht erforderlich.

Bedingungen nach Vereinbarung.

Reisegeld wird bei Arbeitsantritt vergütet.

Karl Stuff, Porzellanmalerei,
Stettin, Kronenhofstr. 8.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **einen tüchtigen Lagermeister, sowie Bader und Lagerarbeiter.**

Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Alter und Ansprüchen erbeten.

Steingutfabriken Velten-Bordamm G. m. b. H.
Bordamm (Ostbahn).

Tüchtiger Isolatorendreher

der mit Einrichtung und Herstellung dieser Artikel durchaus vertraut sein muß, sowie

Dreher für Dosen zc. für Schubscheibe

finden sofort Beschäftigung bei gutem Lohne.

Neue Porzellanfabrik Tettau, G. m. b. H.
Tettau (Oberfranken).

Einformer und Ueberformer, Männer, Frauen und Mädchen

finden bei hohem Lohn sofort dauernde Beschäftigung.

Steingutfabriken Velten-Bordamm G. m. b. H.
Bordamm (Ostbahn).

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmierpinsel — Paletten — Näpfe — leere Goldflaschen

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft

Max Haupt, Dresden-N., Bönisch-Platz 17

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.

Schnelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung

Oskar Rottmann, Stadtilm.

Alle Malrückstände, Goldflaschen, goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel u. s. w.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 27.